

Preis **10** Pfennig

BOMBEN

**über
Deutschland**

Von
Königsberg
zum
Standgericht



Bomben über Deutschland

Von Königsberg
zum Standgericht

Der Streit um die Leiche

Das Leichenschauhaus der Stadt Königsberg i. Pr. liegt in einer schmalen Gasse. Am Donnerstag, dem 4. August, ist das Schauhaus von einer großen Menschenmenge umlagert. Hinter den verschlossenen Türen liegt die Leiche des kommunistischen Stadtverordneten Gustav Sauf, der am Montag zuvor von einer Horde Nationalsozialisten erschossen worden ist. Die Kommunistische Partei hat den Antrag gestellt, wie bei Beerdigungen üblich, den Sarg vom Schauhaus aus zum Friedhof überführen zu dürfen. Immer mehr Menschen sammeln sich vor dem Tor, um dem Toten das letzte Geleit zu geben. Da erscheint Polizei und begibt sich in das Gebäude und erklärt der Arbeiterwache am Sarge, Befehl zu haben, die Leiche schnell und unauffällig nach dem Krematorium zu bringen. Die anwesenden Kommunisten, unter ihnen der Bruder des Toten, weigern sich, der Polizei den Sarg zu übergeben. Es ist diesem Mann genug der Gewalt geschehen. Laßt den Toten ruhen und die Lebenden die Pflicht ihrer Trauer erfüllen. Aber der kommandierende Offizier erklärte den Arbeitern, der Direktor des Krankenhauses brauche den Platz im Leichenschauhaus, darum müsse der Sarg weggeschafft werden. Obgleich seit längerer Zeit viel Platz für Arbeiter an dieser Stelle benötigt wird, stimmt diese Begründung an jenem Tage nicht. Professor N., der Direktor des Krankenhauses, von den Arbeitern sofort befragt, erklärt erstaunt, es sei Platz genug da. Darauf telephonierte die Wache mit dem Polizeipräsidenten, der auf seinen Anordnungen besteht. Jetzt telephonierte Professor N., dem das Leichenschauhaus untersteht mit dem Polizeipräsidenten und erhält keine Verbindung mit ihm.

Der Tote wird ins Auto geschafft

Mit dem Karabiner in der Hand drängen die Polizeimannschaften die schweigend wartende Menge zurück. Langsam fährt der Wagen davon.

Die Polizei fordert den Chauffeur auf, rascher zu fahren. Dieser verweist auf die Bestimmungen, wonach der Chauffeur eines Leichenwagens die letzte Ruhe eines Menschen zu achten hat.

„Aber meine Herren“, erklärt der Polizeioffizier den Begleitern des Toten, „wenn Sie langsam fahren, wird doch der Zweck erreicht, der gerade verhindert werden soll.“

Zwei Stunden später ist der Friedhof überfüllt. Fünfzehntausend bis Zwanzigtausend sind nach den Schätzungen der Königsberger Zeitungen gekommen, um

bei einem Toten zu stehen, dessen Leben nur die eine Aufgabe hatte, den Armen beizustehen und eine bessere Ordnung der sozialen Verhältnisse herbeizuführen. Dafür ist er ermordet worden. Persönliche Feinde hatte er nicht.

Der besondere Leichenzug

Es ist der Polizei gelungen, durch den gewaltigen Transport des Toten, einen Trauerzug aller Arbeiter durch die Stadt zu verhindern. Nun ist der Friedhof schwarz von Menschen, und das Geseh stößt abermals mit dem Menschenrecht zusammen. Der kommissarische Polizeipräsident hat eine Verfügung erlassen, in der er mitteilt:

„Nach § 1 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 18. Juli 1932 sind alle Aufzüge, somit auch die besonderen Leichenzüge, mit Ausnahme der gewöhnlichen Leichenbegängnisse, verboten.“

Ein Leichenzug durch die Stadt zur Einäscherung des ermordeten Stadtverordneten Sauf würde nicht ein gewöhnliches Leichenbegängnis im Sinne obiger Verordnung sein; denn da die Erregung der Bevölkerung in der Stadt über die Ermordung sehr groß ist, würde eine außergewöhnlich große Menschenmenge an diesem Leichenzug teilnehmen. Hierdurch wird der Leichenzug einen außergewöhnlichen, demonstrativen Charakter erhalten

Die Polizei beschließt, den Friedhof zu räumen. Das Krematorium faßt 300 bis 400 Menschen, die übrigen 20 000 sollen den Friedhof verlassen. Aber die Massen stehen schweigend und die Polizei verläßt schließlich das Gelände. Währendem strömen unausgesetzt neue Menschen herbei, unter ihnen sehr viele Reichsbannerleute, Kranzdeputationen der Betriebe, Verbände, Vereinigungen, auch des Reichsbanners und der Eisernen Front.

Die Halle des Krematoriums ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Mehr als 50 rote Fahnen stehen rechts und links im Halbkreis um den Sarg, 68 Kränze liegen vor dem Toten.

Neben drei jungen Arbeitern der KPD, hält als vierter ein Reichsbannermann die Ehrenwache während der Feier. Die Einheitsfront aller Arbeiter steht weithin sichtbar.

Gang durch die Stadt

Gustav Sauf war nicht der einzige, der am Montag, dem 1. August, am Morgen nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli den Nationalsozialisten von Königsberg zum Opfer fiel. Von einigen Arbeitern begleitet, gehen wir, als die Trauerfeier zu Ende ist, durch die Stadt, um die mörderischen Vorgänge noch einmal zu rekonstruieren und zu untersuchen. Fast vier Tage sind seit der Tat vergangen, aber die Polizei schweigt noch immer. Ueber die Täter, die an jenem Tage Gustav Sauf getötet haben, den Kommunisten Z i r p i n s durch drei Schüsse und Messerstiche schwer verletzt, den Reichstagsabgeordneten S c h ü k mit zehn Kugeln beschossen und dabei die Jungkommunistin Anna K a p p a s verletzt haben, den sozialdemokratischen Redakteur W y r g a t s c h verletzt, den ehemaligen Regierungspräsidenten von B a h r f e l d verletzt haben, verlautet noch nichts.

Aber „einige Kommunisten, die bei der Beerdigung Saufs Fahnen entrollten, und geschlossene Marschkolonnen bildeten (es waren einige zwanzig Mann, die im Strom der vom Friedhof heimkehrenden Massen mehr zufällig miteinander gingen, D. Verf.), sind sofort vor ein Schnellgericht gestellt und noch am gleichen Tage verurteilt worden.“ („Berliner Tageblatt“ vom 6. 8. 32.)

Ein Polizeibericht

Die Taten der SA. waren bis in alle Einzelheiten vorbereitet. Wer sollte daran zweifeln. Selbst der Bericht der Königsberger Polizei, der am Freitag (5. August) endlich in Telegrammstil erscheint, gibt an, daß an jenem Montagmorgen

„in der Zeit von 5.50 Uhr bis 6.10 Uhr sechs Ueberfälle (einer tot, vier verletzt, einer nicht angetroffen) sich ereigneten. Dazu Brandüberfall auf Otto-Braun-Haus (sozialdemokratische „Volkszeitung“), „Hartungsche Zeitung“, beabsichtigter Ueberfall auf Gewerkschaftshaus. Vier Inbrandsetzungen von Tankstellen. Eine weitere durchgeführte und vier Brandstiftungen. Ein Einbruch in ein Waffengeschäft. 35 Alarmierungen der Feuerwehr, offenbar um durch die Alarmierungen Feuerwehr und Militär in Atem zu halten und ungestört die Voraussetzung zu diesen Taten zu schaffen.“

Aufgeklärt: Drei Tankstellen-Fälle, fünf Brandfälle, 31 Täter geständig, die angeben, der SA., ein Teil von ihnen dem Sturm 12 der SA., anzugehören, unter ihnen sechs in unterer Führerstellung.

Angaben der SA. über Bedrohung ihrer Leute und dadurch maßlos gesteigerte Erregung glaubhaft. Polizei nahm fest: Nachts vom 2. zum 3. August 17 Linksradikale mit sechs Pistolen und sonstigen unerlaubten Waffen. Am 3. abends wurde eine polizeiliche Zivilstreife in stark von Kommunisten bewohnten Straßen von 50 Leuten überfallen. Anlage des Ueberfalls wie stets bei KPD. Es wurden hierbei fünf Linksradikale, davon drei bewaffnete festgenommen. Außerdem sind in den letzten fünf Tagen zehn Personen mit Waffen ergriffen, davon drei Nationalsozialisten und sieben Kommunisten. Am 1. August 8 Uhr wurden zehn Reichsbannerleute mit Waffen ergriffen.“

Ein bürgerlicher Kommentar

Diesem erstaunlichen Bericht der Polizei gibt das „Berliner Tageblatt“ folgenden Kommentar: „Das Bemühen, die Aufregung der SA.-Leute verständlich zu machen, tritt in diesem Bericht unverkennbar hervor. Ebenso deutlich aber auch der Unterschied zwischen den Ueberfällen, die von linksradikaler Seite, und denen, die von SA.-Leuten unternommen wurden. Der Terror, von links, der durch nichts zu entschuldigen ist, erschöpfte sich in Ueberfällen auf der Straße, die Anschläge der SA. dagegen waren eine wohlvorbereitete, planmäßig durchgeführte Aktion. Das geht schon daraus hervor, daß alles geschah, das Eingreifen der Polizei und Feuerwehr bei den Brandüberfällen zu verhindern, und daß die Attentate auch solchen Gebäuden galten, deren Besitzer mit den vorangehenden Ueberfällen auf SA.-Leute nicht das geringste zu tun hatten, wie dem Otto-Braun-Haus und der Hartungschen Zeitung.“

Terror von links?

Es ist fast immer so, daß die linksbürgerliche Presse nicht davon lassen kann, nationalsozialistische Phrasen zu übernehmen, wenn sie von Arbeitern spricht. Einen Terror von links hat es bis zum heutigen Tag nicht gegeben. Selbst der Bericht der Königsberger Polizei vermag einen solchen Terror nicht zu konstruieren. „Am 1. August um 8 Uhr wurden 10 Reichsbannerleute mit Waffen ergriffen“ — zwei Stunden vorher waren kommunistische und sozialdemokratische Arbeiterführer in ihren Wohnungen überfallen und niedergeschossen worden.

Kann man es da als Terror bezeichnen, wenn sich die Freunde der Ueberfallenen eine Waffe einstecken?

Kommunisten und Sozialdemokraten werden von Horden schwerbewaffneter Männer überfallen und niedergeschossen. Wenn sich aber die Freunde und Gesinnungsgenossen der Ueberfallenen eine Waffe einstecken, denen jeden Augenblick das Gleiche geschehen kann, die tatsächlich in Gefahr für Leib und Leben sind, wie der Fortgang des Mordens beweist, dann konstruiert man einen Terror von links. Der Angreifer verschwindet, der Angegriffene wird verhaftet.

Dazu kommt die seelische Bedrückung durch solche Vorgänge bei der Beerdigung der Toten, wie wir sie geschildert haben, dazu kommt die Knebelung der Presse. „Denn jene, die die Macht dazu benutzten, die Freiheit zu beschränken, sind jetzt so weit gegangen, daß sie uns selbst das Recht der Klage mißgönnten, wiewohl man nie davon gehört hat, daß man einem Gefolterten das Recht verweigert hätte, so laut zu brüllen, wie er es für angebracht hielt.“ (Jonathan Swift.)

„Wissen die Herren von der Regierung“, sagt die Frau eines Verletzten voll Erbitterung, „von unseren schlaflosen Nächten, wo wir Frauen angstvoll auf jeden Schritt lauschen. Haben wir überhaupt noch eine Staatsgewalt, die uns schützt? Wir sind hier vogelfrei und unsere einzige Hoffnung, die uns in dieser schrecklichen Zeit aufrecht erhält, ist das Zusammenhalten der Arbeiter.“ Terror von links? „Wir sind hier verraten und verkauft“, erklären sozialdemokratische Landarbeiter. „Waffen haben wir nicht und die Nazis schießen einen Kameraden nach dem andern ab, wie die Krähen.“ Terror von links?

Was ein deutschnationales Blatt schreiben muß

Terror von links? Die deutschnationale „Lyder Zeitung“ bringt folgende Erklärung des Gauwarts des Deutschnationalen Bismarckbundes, auf deren Jugend am frühen Morgen ein Attentat der Nazis verübt wurde:

„Nachts gegen 1.15 Uhr wurden zwei Bismärcker auf der Kaiser-Wilhelm-Straße von sechs Nationalsozialisten überfallen und verprügelt. Ein Kameradschaftsführer erhielt von dem Fleischer Schröder, Mitglied der NSDAP, mehrere Stockhiebe über den Kopf. Die überfallenen Bismärcker setzten die Polizei davon in Kenntnis. Kurz vor 3 Uhr wiederholten sich die Ueberfälle. Der Mannschaftsführer Arno Beez erhielt eine Schußverletzung an der rechten Hand. Das Unglaubliche ist aber, daß sich ein Teil der Nationalsozialisten als Kommunisten und Mitglieder der Eisernen Front nach außenhin kenntlich gemacht hatten. So trug der Fleischermeister Roland Rudolf ein großes rotes Halstuch, der SA-Mann Warda, das Abzeichen der Eisernen Front, die drei Pfeile. Auch diese Tatsachen sind durch unparteiische Zeugen bewiesen. Wir stellen vor der gesamten Öffentlichkeit fest, daß Mitglieder der NSDAP ganz systematisch junge nationale Deutsche nachts auf der Straße überfallen haben. Es ist auf Bismärcker geschossen worden, das ist das Unerhörteste was überhaupt passieren konnte. Mit diesem organisierten Straßenräubertum muß Schluß gemacht werden. Es wird die Aufgabe der staatlichen Machtorgane sein, den Terror dieser Banden zu brechen. Der Bismarckbund ist nicht gewillt, seine Mitglieder durch Nationalsozialisten auf der Straße niederschlagen zu lassen.

Bismarckbund, Gau Masjuren. gez. Neumann, Gauwart.“

Bei den Ueberfallenen

Die Wohnung des Ermordeten Sauf liegt in einer Arbeiteriedlung in dem Königsberger Vorort Ponarth. Die Witwe des Toten und seine alte Mutter erzählen uns die Vorgänge. Sie waren in der Nacht nach den Wahlen erst spät zu Bett gegangen, als die Ergebnisse bekannt waren. In der Früh um 6 Uhr

klingelte es, die Frau schaut auf die Uhr, glaubt, es sei der Milchmann, der heute etwas früher kommt, steht auf, geht hinaus, öffnet die Tür. Drei bewaffnete Männer stürmen herein, werfen die alte Frau beiseite, laufen ins Schlafzimmer und schießen den noch schlafenden Sauf viermal in den Kopf, daß das Blut weit-hin spritzt, rennen weg, besteigen ein Auto und fahren davon. Die Mutter, die sich den sonderbaren Lärm gar nicht erklären kann, kommt ins Schlafzimmer gelaufen und fragt, was denn los sei, da steht die Frau und schreit: „Sie haben ihn totgeschossen!“

„Wer? Wen?“

„Meinen Mann! Deinen Sohn!“

Der Ueberfall auf den Abgeordneten Schütz

Die Wohnung des kommunistischen Abgeordneten Schütz liegt gleichfalls in einer Siedlung, aber am genau entgegengesetzten Ende der Stadt. Während die Wohnung Saufs parterre rechts liegt, wohnt Schütz ganz oben, drei Treppen hoch. Auch hier schellt es gegen sechs Uhr früh, die Frau, die sich nicht erklären kann, wer das sein soll, zögert zu öffnen, der Mann drängt sie noch zur Tür zu gehen und aufzumachen. Sie geht hin und fragt, ohne zu öffnen, wer da sei. „Wir sind Genossen. Wir müssen gleich den Genossen Schütz sprechen!“ sagen die feigen Dreihunde vor der Tür. Aber die Frau zögert immer noch, die Tür zu öffnen. Da lassen die Mörder die Maste fallen, schlagen das Glasfenster der Korridortür ein und beginnen sofort zu schießen. Schütz springt aus dem Bett, um seine Waffe zu holen, die Kappas, die bei dem Ehepaar Schütz zur Miete wohnt, stürzt aus ihrem Zimmer, wird sofort getroffen und bricht zusammen. Jetzt schleift auch Schütz, da laufen die Nationalsozialisten davon. Während sich das Ehepaar um die verletzte Kappas bemüht, merken sie, daß Gasgeruch in der Wohnung ist, eine Kugel hat den Gasometer getroffen und läßt das Gas ausströmen.

Genosse Zirpins schwerverletzt

Die Wohnung des Verwundeten Zirpins liegt in einem bürgerlichen Viertel mitten in der Stadt. Auch hier schellt es um sechs Uhr und angebliche Genossen verlangen den Genossen Zirpins zu sprechen. Hier öffnet der Mann selber und schon hat er eine Kugel im Kopf und zwei weitere im Körper. Er bricht zusammen, einer der Mörder stürzt sich auf ihn und sticht ihn noch mit einem Messer, dann laufen sie davon.

Ueberfall auf den Redakteur Wyrgatsch

Von besonderer Feigheit zeugt der Ueberfall auf den sozialdemokratischen Redakteur Wyrgatsch. Zum viertenmal wiederholt sich das Gleiche. Gegen sechs Uhr früh schellt es. Frau Wyrgatsch geht hinaus, fragt wer da sei. Wir sind Genossen und müssen gleich den Genossen Wyrgatsch sprechen. Die Frau öffnet. Drei Männer dringen ein, werfen die Frau in die Küche. Nun aber dringen sie nicht ein, sondern einer schließt die Schlafzimmertür von außen ab, ein zweiter, der über die Wohnung und die Lage der Zimmer genau informiert sein muß, läuft durch das Wohnzimmer und vertritt dort die zweite Tür zum Schlafzimmer. Erst nachdem sie so ihr Opfer wie eine Ratte in der Falle haben, eröffnen sie durch die verschlossenen Türen hindurch das Feuer und verwunden den Mann. Der kann sich nicht wehren und nicht ebenso wie seine Frau durch die Tür hindurchschließen, weil er nicht weiß wo seine Frau ist, ob sie nicht direkt vor der Tür steht, dann laufen auch hier die Verbrecher fort.

Die Frau des Verletzten läuft zum Telefon, um das Ueberfallkommando zu alarmieren, aber seltsamerweise meldet sich das Amt nicht.

Dann läuft sie hinunter, eine Treppe tiefer zu Mitbewohnern, und nun meldet sich auf Anruf von diesem Apparat hin sofort das Amt.

Das sind die Ereignisse dieses Morgens. Sauf ist tot, die Kappas und Zirpins sind im Krankenhaus, Wyrzatsch und Dr. v. Bahrfeld, der auf dieselbe Weise überfallen worden ist, liegen verletzt in ihren Wohnungen.

Ursachen und Presseecho

Jeder, der diese Vorgänge betrachtet, wird ohne weitere Ueberlegung zu dem Resultat kommen, daß es sich hier um einen planmäßigen, vorbereiteten, in allen Einzelheiten durchdachten Ueberfall der Nationalsozialisten handelt. Auch das Beispiel, das Vorbild, nach dem gehandelt wurde, ist ja allgemein bekannt. Die italienischen Faschisten gingen in der gleichen Weise gegen die italienische Arbeitererschaft und gegen jeden vor, von dem sie vermuten, er könne vielleicht irgendwie den Faschisten einmal Schwierigkeiten bereiten. Aber in Königsberg kam noch etwas besonderes hinzu. Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31 Juli war für die Nationalsozialisten in der Provinz Ostpreußen durchaus nicht so, wie man erwartet hatte. In 12 von 42 Stimmbezirken wurden sie von bisherigen Anhängern verlassen. Insgesamt konnten sie zwar, verglichen mit der preußischen Landtagswahl, 23 000 Stimmen gewinnen, aber die Kommunisten, welche als einzige Partei Ostpreußens in sämtlichen Bezirken einen Stimmengewinn buchen konnten, gewannen mehr als 46 000 Stimmen. Der Versuch der Nazis, in die Front der Arbeiter einzubrechen, war ihnen hier besonders kläglich mißlungen. Der ungeheure Terror, der den Wahlen voranging, hatte die Arbeitererschaft nicht schwächen können, er hatte sie gestärkt. Von dem Ausmaß und der Art dieses Terrors kann man sich selbst dann kein Bild machen, wenn man die Vorgänge vom 1. August kennt. Jetzt, wo die Bourgeoisie ihren Verbündeten, die Sozialdemokratische Partei, aus den Ämtern, Positionen und Pöstchen herausgeworfen hat, geben sie sogar einige sozialdemokratische Funktionäre zu, daß der Terror schon Jahre hindurch unerträglich gewesen sei. Nach den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen hätte die Regierung Braun-Severing im vergangenen Jahr noch über 60 Posten mit ihren Leuten besetzen können, aber sie sah dazu keine Möglichkeit, weil die organisierte Macht der Junker, der Nazis, kurz der gesamten Bourgeoisie in Ostpreußen auf den sozialdemokratischen Verbündeten verzichtete.

Besonders ungünstig lag das Ergebnis der Reichstagswahlen für die NSDAP. in Königsberg, wo diese Partei mehr als 2300 Stimmen verlor, während die Kommunisten fast 5000 Stimmen gewannen.

Dieser Stimmengewinn der Arbeiter sollte mit Messern und Pistolen korrigiert werden.

Das Verhalten der Presse

Sofort nach den Taten begann in Königsberg eine wilde Heze gegen die Kommunisten. Für die Bourgeoisie stand es fest, daß es nur Arbeiter gewesen sein können, die hier ihre eigenen Freunde und Führer abgeschossen hätten. Als nach geraumer Zeit bei dem verwundeten SPD-Redakteur Wyrzatsch ein Kriminalbeamter erschien, betrachtete der ziemlich lange die durch Schüsse demolierten Türen und sich an den Verletzten wendend, fragte er: „Wer können denn aber bloß die Täter sein? Sind das nicht vielleicht Kommunisten gewesen?“ W y r z a t s c h

fuhr ihn an und rief: „Wie können das Kommunisten gewesen sein! Suchen Sie nicht hier im Hause, suchen Sie bei den Nazis, da finden Sie die Täter!“ („Vorwärts“ vom 3. August.)

Die bürgerlichen Zeitungen meldeten noch am Abend des 1. August:

„Noch läßt sich nicht übersehen, wo die Schuldigen für diese Bluttaten und Brandtaten sitzen, und es wäre verfrüht, einen Verdacht auszusprechen.“ (Königsberger Allgemeine Zeitung, Abendausgabe, Montag, den 1. August.) So berichtet die Zeitung, welche politisch der Partei des Verwundeten Dr. von Bahrfeld, der Deutschen Volkspartei, nahesteht

Während die Polizei immer noch nicht in der Lage ist, mitzuteilen, daß sie die Mörder verhaftet hat, geschehen in der Provinz unausgesetzt neue Mordanschläge.

Weitere Mordtaten

Am 3. August wird der sozialdemokratische Gemeindevorsteher G a l l o w s k i in Norgau, Kreis Fischhausen, ans Fenster gelockt und durch einen Kopfschuß niedergestreckt. Auf das Amtsgericht in Mehlanen wird ein Sprengstoffattentat verübt. In R e i d e n b u r g wird bei zwei kleinen Kaufleuten die Schaufensterscheibe zertrümmert. In Ortelsburg werden Brandbomben gegen das Gebäude des jüdischen Kaufmanns Neumann geworfen. In Eyl zertrümmert man mit Handgranaten die Fensterscheiben einer Apotheke. In Johannisburg wird gegen das Warenhaus Heimann ein Sprengstoffattentat verübt. In Tilsit feuern „unbekannte Täter“ acht Pistolenschüsse gegen die Giebelwohnung eines kommunistischen Abgeordneten. In Löben wird ein Sprengkörper mit Zeitzündung in dem Gebäude der Reichsbank zur Explosion gebracht.

Die Schuldigen heizen weiter

Aber alle diese Ereignisse vermögen die Polizei nicht aus ihrem tiefen und nachdenklichen Schweigen herauszulocken. Während die Erregung der Einwohner Königsberg ungeheuerlich ist, und eine ganze Stadt verlangt, daß man sofort und unverzüglich die Bevölkerung über jede einzelne Tätigkeit der Polizei informiere, veröffentlicht die Polizeipressestelle folgenden Bericht: „In der Berliner Presse ist irrtümlich die Nachricht verbreitet worden, daß bei dem Versuch des Anstreckens der Tankstellen Nationalsozialisten in Uniform anwesend gewesen seien. Richtig ist, daß in zwei dieser Fälle die Täter angegeben haben, der SA. anzugehören.“ Wo liegt der Sinn der Berichtigung? Gehört die SA. nicht mehr zu den Nazis? Aber während die Polizei in dieser Weise die Bevölkerung zu beruhigen versucht, schreibt die nationalsozialistische Presse ungestraft und unbehelligt einen Artikel nach dem anderen, der zu neuen Mordtaten aufhezt. Noch ist der tote Sauf nicht unter der Erde, da veröffentlicht das nationalsozialistische Organ Königsbergs „Die P r e u ß i s c h e Z e i t u n g“ einen Artikel des „Angriff“ mit der Ueberschrift „Wir fordern Standrecht gegen die Moskauer Bluthunde!“

Sie wollen weiter morden

„Wir Nationalsozialisten sind jedenfalls nicht gewillt, uns weiterhin wehrlos abjachten zu lassen, und wir möchten den sehen, der es wagt, unter den

obwaltenden Umständen einem SA-Mann einen Vorwurf daraus zu machen, wenn er rechtzeitig zur Notwehr greift. Wir fordern, daß der SA. und SS. gestattet wird, sich bewaffnet auf der Straße zu zeigen, solange, bis endlich der Notmord-Terror restlos gebrochen ist. Wir fordern weiter, daß zum Zwecke dieser Brechung des bolschewistischen Bluterrors die SA. und die SS. als Hilfspolizei einberufen wird. Wir garantieren dafür, daß dann in wenigen Tagen der ganze Moskau-Spuk aus Deutschland verschwunden ist. Wir fordern, daß nunmehr unverzüglich Nationalsozialisten die Volksgewalt in Deutschland sowie in Preußen übertragen wird, um so eine Wiederkehr des kommunistischen Räuberunwesens ein für allemal unmöglich zu machen.“

Mordgesellen werden sentimental

Das schreiben diese Leute, wie gesagt, während die Leiche ihres Opfers noch nicht unter der Erde ist und die verletzten und zerschossenen Arbeiter in den Krankenhäusern mit dem Tode ringen. Einen Tag später bringt das Blatt die Ueberschrift: „Märtyrertum des SA-Mannes in Königsberg.“ Dieser Artikel meldet:

„Seit dem 31. Juli ist die Zahl der aus ihren Wohnungen Vertriebenen auf über 400 gestiegen. Stündlich kommen neue Abmeldungen. Stündlich wächst die Erbitterung. Die SA. begehrt auf: Wir wollen nach Hause, zu unseren Familien, zu unserer Arbeitsstätte. Wir haben Hunger. Wir wollen Obdach, wir wollen nicht mehr als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Wir wollen uns den Weg mit Gewalt nach unserem Heim erzwingen. Wir wollen unsere Frauen, unsere Kinder, unsere Familien, Eltern und Geschwister nicht der roten Mordgier ausgeliefert wissen. Wenn die Polizei uns nicht schützen kann, schützen wir uns selbst. Wir verlangen Notwehrrecht. Wir verlangen 200 Waffenscheine. Herr Landrat Berner, haben Sie doch den Mut, die Axt an die Wurzel des Nebels zu legen, rotten Sie die rote Mordpest mit ihren Drahtziehern aus.“

Sie dürfen weiter zum Mord hetzen

Das schreiben dieselben Leute, die soeben mit Gewalt in die Wohnungen der Arbeiter eingedrungen, die weder Frauen noch Kinder geschont haben, die in jedem einzelnen Fall wehrlose, schlafende Menschen überfallen und niedergeschossen haben. Ganz sichtbar vor aller Welt liegen ihre Opfer am Boden, aber es findet sich kein Mensch, der dieses Blatt verbietet und seine Redakteure festsetzt. Die Organisation der Morde und Brandstiftungen war das Werk wochenlanger Vorarbeit. Die Bereitstellung der Mordautos, die Einteilung der Trupps, das Festlegen des genauen Zeitpunktes des Anschlages, das präzise vorbereitete Austuschschaften der Wohnungen der Arbeiterführer, das Aufstellen der Mordlisten, die Veröffentlichung von Adressen von antifaschistischen Arbeitern am Sonnabend vor der Wahl in der Nationalsozialistischen „Preussischen Zeitung“, das ist eine feste, unzerbrechbare Kette des Beweises für die Organisation dieses Unternehmens und ein Beweis dafür, daß die gesamte Mordaktion von einer zentralen Stelle aus geleitet worden ist. Schon liegen Geständnisse von National-

sozialisten vor. Immer noch geht das Morden in der Provinz weiter, aber niemand denkt daran, die SA- und SS-Formationen aufzulösen und den Arbeitern endlich den Schutz zu geben, den sie für ihr nacktes Leben brauchen.

Einige Morddokumente

Hat die Regierung, hat man in Deutschland vergessen, was die Führer der Nationalsozialisten ihren Anhängern vor der Wahl zugerufen haben?

Am 7. Juli erklärte Gottfried Feder in einer nationalsozialistischen Versammlung in Bremen:

„Bisher sind die SA-Leute, bei denen man eine Waffe gefunden hat, aus der Bewegung ausgeschlossen worden. Bald werden diejenigen aus der NSDAP. gestrichen werden, die ihre Waffe nicht anzuwenden verstehen.“

Am 19. Juli erklärte Dr. Goebels in Berlin:

„Seien wir uns darüber klar, daß der kommende Wahlkampf der blutigste wird, den die Geschichte kennt.“

Am 29. Juli ruft der Abgeordnete Frick in einer Wahlversammlung in Königsberg aus:

„Für Deutschland würde es besser sein, wenn 10 000 oder besser noch 15 000 der margistischen Burschen, die den Arbeitern alles versprochen und nichts gehalten haben, vom Erdboden verschwinden.“

Am gleichen Tag erklärt Koch, der Gauleiter der NSDAP. in Königsberg:

„Die Herrschaften sollen sich nicht wundern, wenn sie sich eines Morgens als Leichen wiederfinden.“

In seiner Nummer vom Donnerstag, dem 4. August, erklärt das „Echo des Ostens“, das Organ der KPD. für Ostpreußen, daß sich in seinem Besitz das Original des folgenden Schreibens befindet:

Wie dringt man am besten in die Wohnung ein?

Zentrale der NSDAP.

Ortsgruppe Leipzig

Sturmführer der SA. und SS., H. J. Strobel,

Leipzig C 1, Härtelstr. 5/7.

Leipzig, den 8. Juli 1932.

An den Kamerad der Verbgruppenleitung der SS. und SA.

Franke, Rittergut Crostewitz.

„Teilen Sie uns schnellstens mit, bis spätestens zum 16. Juli d. J., wer die Leiter und Führer der SPD. und KPD. ihres Ortes sind. Sind dieselben Hausbesitzer oder wohnen sie bei Kameraden, wieviel Personen sind in dem Grundstück? Wie groß ist der Gegner?

Welche Art von Hund und wo befinden sie sich? Sind Waffen in deren Händen? Wie dringt man am besten in die Wohnung ein?

Alle Versammlungen der Gegner sind uns zu melden. Falls Sie diese nicht herausbekommen, melden Sie es schleunigst dem S.-Dienst und bitten seine sofortige Einsetzung. Mittwoch, den 20. 7., alles bereit. Mit einem Heil Hitler.

gez. H. J. Strobel
(nochmals Unterschrift mit Bleistift).“

Zu diesen Dokumenten schweigt die Regierung. Als aber die Mordtaten gesehen waren, war es eine der ersten Taten der Polizei, das Parteihaus der KPD. in Königsberg zu besetzen. Als die sozialdemokratische Königsberger Volkszeitung in ihrem Bericht über die Vorfälle etwas von Selbstschutz der Arbeiter schrieb, forderte die Gauleitung der NSDAP. Königsberg umgehend das Verbot des Blattes, das daraufhin sofort eine Verwarnung erhielt, um einige Tage später verboten zu werden.

Einheitsfront

Trotz alledem gibt es eine Stadt in Deutschland, in der man heute noch nach den Ereignissen keinen einzigen uniformierten Nationalsozialisten auf der Straße sieht. Noch nicht einmal ein Abzeichen, und sei es das kleinste, wagen die Anhänger dieser Partei in Königsberg zu tragen. Die Empörung der Bevölkerung ist zu groß und sie ist nicht eine gefühlsmäßige geblieben. Am Grab des Ermordeten ist die rote Einheitsfront der Antifaschisten weithin sichtbar geworden, die antifaschistische Front, deren Festigung und Vormarsch die einzige Garantie dafür ist, den Faschismus zu schlagen.

Von der Mordnacht in Königsberg zu den Terrornotverordnungen

Ein Schrei der Empörung ging durch die werklätigen Massen Ostpreußens, durch ganz Deutschland, als die Ereignisse bekannt wurden, die sich im Morgengrauen des 1. August in Königsberg abgepielt haben.

An den verschiedensten Stellen der Stadt hatten kurz vor 6 Uhr morgens Banditen in die Wohnungen von Arbeiterführern sich eingeschlichen, meist unter dem Vorwand, daß sie Genossen seien, hatten sich durch die Haustür eingezwängt, hatten die im Bett Liegenden überfallen, niedergeschossen, hatten auf das Eigentum der Arbeiter Bombenattentate verübt, mit gleichgearteten Sprengkörpern zur gleichen Stunde und gaben damit das Signal zum hinterhältigsten brutalsten Mordterror, der je in Deutschland ausgeübt worden ist.

Antifaschisten sind Freiwild

Seit dem 1. August hat sich die Serie dieser Morde und Bombenattentate fortgesetzt, es vergeht kein Tag, oder besser keine Nacht in der nicht in Ostpreußen, Schlesien, Holstein und im Dritten Reich des Herrn Klagges in Braunschweig sich diese Taten wiederholen. Antifaschisten sind Freiwild für die Horden des Herrn Hitler, Arbeitereigentum die Zielscheibe für bombenwerfende Banditen des braunen Reichs.

In den Gegenden, wo sie unter dem Kommando der Junker und Rittergutsbesitzer die antifaschistische Bevölkerung terrorisieren, da stehen heute Arbeiter unter ständiger Lebensgefahr auf ihrem politischen Kampfposten, warten Frauen angstvoll in den Nächten auf ihre Männer, immer in der bangen Erwartung, daß Kugeln aus dem Hinterhalt das Leben des Mannes und Ernährers ver-

nichten könnten. Die bangen Sorgen um das lange Hungerleben, das quälend genug ist, werden gesteigert durch den unfähig feigen Mordterror, der von den SA-Banditen im Auftrag der Reichen gegen die Armen durchgeführt wird.

Während Schüsse allnächtlich aus dem Hinterhalt fallen, während Bomben in Wohnungen geworfen werden, entfaltet sich das Dritte Reich der Reichen in seiner brutalsten Form, brüllt die braune Unterweltspresse den Mordbanditen ihr „da capo“ zu, veröffentlicht die Organisationen der Hitlerpartei, in ihrer Presse die Mordlisten gegen die, die man heimtückisch nachts „abzutillen“ gedenkt.

Die neue Mord- und Terrorwelle, die seit den Ereignissen in Königsberg ihren Anfang nahm, hat einen anderen Charakter als die bisherigen Morde und Terrortaten. Vor dem 31. Juli bemühte man sich noch mit Hilfe des Staatsapparates, seiner Justiz und seiner Polizei, die Mordschuld auf die Antifaschisten abzuwälzen. Die Terrorakte wurden meistens so ausgeführt, daß der Tatbestand verdunkelt, die Wirklichkeit in ihr Gegenteil verkehrt werden konnte. Heute nimmt man diese „Rücksicht“ nicht mehr, braucht sie nicht zu nehmen. Heute werden die Banditen der braunen Mordpest offen in den Zeitungen der Hitlerpresse als Helden ausgerufen. Der Meuchelmord in der Hakenkreuzverbrämung ist zu einer heiligen Sache geworden und der „Völkische Beobachter“ erklärt zynisch: „Es kommt nicht auf die Taten, sondern auf die Gesinnung an.“ In der Tat: die völkische und sittliche Erneuerung Deutschlands im Zeichen des Hakenkreuzes marschiert.

Eine Statistik von Hitlers Mord- und Bombenterror

In 14 Tagen — vom 31. Juli bis 13. August wurden, wie die „Welt am Montag“ vom 15. August 1932 berichtet, in Deutschland 53 Bombenanschläge, 33 Feuerüberfälle auf Personen und Privatwohnungen und 6 Feuerüberfälle auf Arbeiterlokale verübt, 8 Tote, 21 Schwere- und Leichtverletzte blieben als Opfer der Terrorakte auf der Straße. Aus den Objekten, denen die Bombenwürfe und Pistolenschüsse galten, ergibt sich eindeutig die Planmäßigkeit der Verbrechen, sowie das politische Ziel, daß die Urheber — SA- oder SS-Leute — im Auge hatten.

Bombenanschläge auf Gebäude

a) Gewerkschaftshäuser	12
b) Konsumvereine	3
c) Zeitungsverlage	7
d) Warenhäuser und kleine Geschäfte	5
e) Wohnhäuser	17
f) Öffentliche Gebäude	6
g) Geschäftshäuser	3
zusammen	53

Feuerüberfälle auf Wohnungen

a) Nachts im Bett überfallen und geschossen	30
b) Auf der Straße beschossen	3
c) Feuerüberfälle auf Arbeiterlokale	6
zusammen	39

Stein- und Pistolenschüsse gegen Schaufenster

a) Kaufhäuser, Konsumvereine, Volksbuchhandlungen	15
b) Reichsbankfiliale	1
zusammen	16

Die hier veröffentlichte Statistik — so schreibt die „Welt am Montag“ — erhebt auf Vollständigkeit keinen Anspruch. Es handelt sich bei den erfaßten Fällen um Verbrechen, für die auch amtlich nachweisbar SA- und SS-Leute in Frage kommen. Von den Toten wurde der Kommunist **S a u f f** in Königsberg im Bett erschossen. Der Reichsbannerführer **Kogan** in Löben von hinten niedergeschossen und getötet. Der kommunistische Arbeiter **Konrad Biebuch** in Potempa in Oberschlesien aus dem Bett gerissen und zu Tode geschlagen, der Reichsbannermann **Simisch** in Rastiedel, Kreis Leobschütz, durch zwei Kopfschüsse ermordet. Der Reichsbannermann **Hoffmann** in Ripper bei Görlitz zur Mitternachtsstunde vor seiner Wohnung erschossen. Der Reichsbannermann **Bez** aus Holzhausen, Kreis Siegen, starb am 8. August an den Folgen von zwei Schüssen, die er einige Tage vorher am Fenster seiner Wohnung stehend von SA-Leuten erhalten hatte.

Außerdem wurde bei Zweibrücken der kommunistische Arbeiter **L i n d f l i m** zu Tode gesteinigt. In Stuttgart der kommunistische Arbeiter **K u g l e r** buchstäblich zu Tode geprügelt.

Hilferufe an die Regierung, an die Herren Hindenburg, Papen und Bracht, die von Sozialdemokraten und Bürgern vorgebracht werden, sind sinnlos, töricht und betrügerisch. Reichspräsident und Reichsregierung haben die SA nach ihrem kurzen Scheinverbot wieder gestattet, sie haben mit der Hitlerpartei und ihren Organisationen ein Bündnis geschlossen und erklärt: „Keine Regierung in Deutschland kann auf diese „aufbauwilligen Kräfte der Nation verzichten“. Der Reichsminister Papen, der Innenminister v. Geyl, der stellvertretende Preußenkommissar Bracht lassen auch formell den Satz „Jeder Deutsche ist vor dem Gesetz gleich“ fallen und erklären, daß es zweierlei Menschen gibt — Nationale und außerhalb der Nation stehende.

Warum die neue Terrorwelle?

Warum das alles, warum dieser unerhört gesteigerte Haß gegen die revolutionäre Arbeiterchaft, gegen die kommunistische Partei und die revolutionären Massenorganisationen?

Der Wahlerfolg der KPD am 31. Juli hat den Schleier von den Verhältnissen weggerissen, hat gezeigt, daß die Reserven der NSDAP endgültig erschöpft sind, ja, daß in den Industriegebieten bereits ein Rückgang zu verzeichnen ist, während umgekehrt Erben sowohl der NSDAP, wie der SPD, die kommunistische Partei und die revolutionären Massenorganisationen sind, als die einzigen, die den Sozialismus aus der Phrase, Demagogie und Lüge befreien, um ihn in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der teuflische Haß, die viehischen hinterhältigen Attentate, die ganze neue Terrorwelle, die durch den Wahlerfolg der kommunistischen Partei einen neuen Auftrieb erhalten hat, wird aus drei Quellen gespeist.

Das zu Ende gehende kapitalistische System bedarf zur Aufrechterhaltung seiner Ausbeuterherrschaft neue zusätzliche Unterdrückungsinstrumente gegen die werktätigen Massen. Die Machtmittel des Staates reichen nicht mehr aus. Sie müssen durch die SA und SS ersetzt werden, um so mehr, als neue Verelendungsmaßnahmen getroffen werden müssen, um das kranke kapitalistische System noch einmal fortzuführen.

Die Entfesselung der Banditenmethoden gegen Arbeiterleben und Eigentum, die Infamierung der kommunistischen Bewegung soll den Umbruch verhindern, der von den Massen der SPD und der NSDAP, wie eine Sturmflut eintreten muß, wenn der Lügenonzern der NSDAP, der allen alles versprochen hat, an der Praxis zerfällt, wenn der Tributpakt von Lausanne, die Hungernotverordnungen Papens und weitere Hunger- und nationale Verschlauungsmaßnahmen von den Nationalsozialisten offiziell sanktioniert und durchgeführt werden. Das Geschrei nach dem Verbot der gesamten revolutionären Bewegung entspringt der Angst vor dem Gericht, daß diejenigen einmal über die Führung der Nationalsozialisten halten werden, die heute noch den Hakenkreuzfahnen folgen und sich als Henker gegen die antifaschistischen Arbeiter einsetzen lassen.

Endlich dient auch die neue Welle des Terrors dem Streben der Hitlerpartei, so schnell wie möglich in die Regierung hineinzukommen und einen solchen Einfluß zu gewinnen, daß sie allein das Heft in der Hand behält. Der Terror ist ein Mittel, die noch widerstrebenden bürgerlichen Kräfte, die eine Alleinherrschaft der Hitlerpartei nicht wünschen, einzuschüchtern, sie ihrem Willen gefügig zu machen.

Der Terror wird legalisiert

Dem Finanzkapital ist aus außenpolitischen Gründen die Entfesselung der neuen Terrorwelle durch die Nationalsozialisten, die eine allgemeine Unsicherheit mit sich bringt, Handel und Wandel stört, und die Abwehrfront der Antifaschisten verstärkt, recht peinlich. Durch die Königsberger Methoden wird die NSDAP als Instrument des Finanzkapitals zu schnell abgenutzt. Darum muß der Terror legalisiert werden. Nur so sind die neuen Terrornotverordnungen und Sondergerichte, die das Strafmaß bis zur Todesstrafe erhöhen verständlich. Diese Notverordnungen sind nicht gegen die Terrormethoden der SA und SS gerichtet, sie bezwecken lediglich die Umwandlung dieser illegalen Terrormethoden in die legalen Methoden eines verschärften Terrors gegen die arbeitenden Massen.

Ein Ignorant oder ein bewußter politischer Lügner ist der, der den Massen vorredet, daß diese Maßnahmen der Regierung ein Mittel zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Ausschreitungen seien.

Schon die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Bevor diese Notverordnungen erlassen wurden, hat die Regierung den Hauptmann Goering als Vertrauensmann Hitlers angehört, der ausdrücklich im Namen seines Chefs die Genehmigung zu diesen Notverordnungen erteilte.

In den Notverordnungen selbst heißt es bei den Paragraphen über die Anwendung der Todesstrafe:

„In Zukunft kommt über Mord und schweres Sprengstoffverbrechen hinaus die Todesstrafe in Anwendung für Totschlag, wenn der Täter als Angreifer aus politischen Gründen gehandelt hat oder einen Totschlag an einem Polizeibeamten oder einer zu dessen Unterstützung zugezogenen Person oder einem Angehörigen der Wehrmacht, soweit sie sich in Ausübung ihres Amtes befinden, begangen hat.

Die Einschaltung „einer zu dessen Unterstützung zugezogenen Person“ kann bei der heutigen politischen Situation keinen anderen Sinn haben, als den: SA und SS auf eine Stufe zu stellen mit den Angehörigen der Polizei- und Wehrmacht, die ausdrücklich in ihren Taten von der Regierung unter allen Umständen geschützt werden.

Was bedeuten die Sondergerichte

Es würde hier zu weit führen, wollten wir alle Paragraphen der am 9. August d. J. in großen Teilen des Reiches eingesetzten Sondergerichte hier einzeln aufzählen. Da ist z. B. der § 18. Dieser Paragraph bestimmt, daß rückwirkend auch solche Delikte von den Sondergerichten abgeurteilt werden können, die vor Erlass der Notverordnung begangen wurden.

Auf Grund dieses Paragraphen wurden — um ein Beispiel herauszugreifen — die Zusammenstöße in D h l a u am 10. Juli gegen 42 Reichsbannerarbeiter und 3 Mitglieder der Roten Hilfe vor dem Sondergericht in B r i e g verhandelt. Die Strafverschärfungen sollen allerdings erst für diejenigen Delikte eintreten, die nach dem 9. August d. J. begangen worden sind.

Eine weitere unerhörte Verschlechterung liegt in der Tatsache begründet, daß der Angeklagte keinen Offizialverteidiger erhält bei Delikten, die sonst vor das Schöffens- oder Landgericht gekommen wären. Da beim üblichen Gerichtsverfahren eine Berufung möglich, diese aber bei den Sondergerichten nicht mehr zulässig ist, bedeutet das für den Angeklagten eine Rechtslosmachung, umso mehr, als auch die Beweiserhebung in die Allmacht der Sondergerichte gestellt ist, die nach eigenem Gutdünken Zeugen ablehnen können, wenn sie den Fall für geklärt ansehen.

Diese Praxis ist übrigens auch bei den Schnellgerichten üblich geworden. Als Beispiel dafür ist ein Schnellgerichtsprozeß in Königsberg bezeichnend, der am 16. August 1932 abgehandelt wurde. Zugrunde liegen Zusammenstöße von Nationalsozialisten mit Kommunisten, bei denen die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Angeklagt wegen Landfriedensbruch waren dagegen n u r K o m m u n i s t e n. Als Zeugen wurden lediglich die nationalsozialistischen Angreifer vernommen. Das „Berliner Tageblatt“ vom 17. August 1932 berichtet zu diesem Prozeß:

„Politisch neutrale oder nicht rechtseingestellte Zeugen wurden überhaupt nicht vernommen.“

Nach dreistündiger Beratung sprach das Gericht folgende Strafen aus: Der Hauptangeklagte erhielt 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, ein zweiter Angeklagter 1 Jahr Zuchthaus, ein dritter Angeklagter 1 Jahr Gefängnis, ein vierter Angeklagter 10 Monate Gefängnis.

Sechs weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von je 6 Monaten.

Dieser Prozeß ist ein typischer Fall für die Methode, die man auch in der Praxis der Sondergerichte in Anwendung bringen will. Nur die eine Seite wird vernommen. Dann wird die Beweiserhebung geschlossen und das Urteil, das endgültig ist, gefällt.

Selbst die „Frankfurter Zeitung“ muß zu der Einsetzung der Sondergerichte am 13. August d. J. folgendes schreiben:

„Die umfassende Macht der Sondergerichte ist allein durch die Möglichkeit beschränkt, nach dem Urteil einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens bei der Strafkammer einzureichen. Ein Wiederaufnahmeverfahren durchzusetzen war bisher denkbar schwierig. Ob dies in Zukunft anders sein wird, ist jedoch zu bezweifeln. Außerdem wäre die Wiederaufnahme jedenfalls belanglos, wenn der Verurteilte auf Grund des Sondergerichtsurteils bereits hingerichtet wäre.“

Urteilsstatistik

Seit einer Woche sind die Sondergerichte in Tätigkeit getreten. Wir entnehmen nachfolgende Statistik der „Welt am Montag“ vom 22. August 1932.

Es wurden in einer Woche verhängt:

Sondergerichtsurteile	16 Jahre, 6 Monate, 2 Wochen Gefängnis
	8 Jahre, 10 Monate Zuchthaus
Schnellgerichtsurteile	7 Jahre, 2 Monate Gefängnis
Strafkammerurteile	7 Jahre, 10 Monate Gefängnis
Zusammen:	31 Jahre, 6 Monate, 2 Wochen Gefängnis
	8 Jahre, 10 Monate Zuchthaus

3 Monate gegen einen Hitlermann

Von den Strafen fielen auf Angehörige der NSDAP. 3 Monate Gefängnis und zwar auf den Nazimann Burtjahn in Guben, der ein Motorrad steuerte, von dem aus ein anderer SA-Mann die Fensterscheiben des Konsumvereins eingeworfen hatte. Der Täter selbst wurde noch nicht gefaßt.

Die übrigen Strafen fallen auf Angehörige des Reichsbanners, auf Parteiloje und vor allem auf Kommunisten. Auf sie kommen allein — so die „Welt am Montag“ vom 22. August — mindestens 90 Prozent der verhängten Strafen.

Die zur Aburteilung gebrachten Fälle beziehen sich in der Hauptsache auf Vorgänge, die sich vor dem Erlass der Notverordnung gegen den Terror ereigneten. J. T. liegen die Geschehnisse mehrere Monate zurück.

Die Ausschreitungen, die nach der Wahl eingesetzt haben, sind selbst nach Ansicht des General Erich Luderndorff

„in weitestem Umfange durch die SA. begangen, die sich der Machtergreifung nahe fühlte und an einigen Stellen mit den von ihr für diesen Fall geplanten Terrorakten planmäßig voring“.

So schreibt der General Luderndorff in der Nr. 33 seiner „Volkswarte“. Luderndorff ist zweifellos ein unverdächtig Zeuge, dem man nicht nachsagen kann, daß er Tatsachen im Sinne der Nazis „umzubiegen“ bereit sei.

Aber die Urteile richten sich in erster Linie gegen die Arbeiter und dann wieder vor allem gegen die Kommunisten. Wer wie die sozialdemokratische und demokratische Presse die Einsetzung der Sondergerichte mit Jubel begrüßt hat, kann jetzt bereits an der Praxis der Rechtsprechung der Sondergerichte feststellen, gegen wen sich diese Sondergerichte auswirken, Herr Göbbels hat unlängst in einem geheimen Rundschreiben mitgeteilt,

daß 75 Prozent aller Richter mit den Fernzielen der NSDAP. sympathisieren.

Machiinstrument gegen Antifaschisten

Braucht es stärkerer Beweise, um den Charakter dieser Terror-Notverordnungen zu kennzeichnen? Glaubt jemand im Ernst, daß Hitler diese Notverordnungen ausdrücklich billigt, damit sie gegen seine eigenen Leute angewandt werden? Sie sind nur zu einem Zweck erlassen, um als Instrument gegen die antifaschistischen

Werkstätten benutzt zu werden, um Hitler ein legales Werkzeug zur Niederhaltung der revolutionären Kräfte in die Hand zu geben.

Die Terrornotverordnungen sind das Beil, das die herrschende Klasse Hitler übergibt, um die Antifaschisten nicht mehr hinterhältig, durch Mordmord und Attentate, sondern legal hinrichten zu lassen.

Von der Mordnacht in Königsberg bis zum Erlaß der Terrornotverordnungen ist ein gerader Weg — der Weg der Aufrichtung des Dritten Reiches, der Weg zur vollen Entfaltung der faschistischen Terrorherrschaft gegen die werktätigen Massen!

Rote Hilfe tut not!

Die Rote Hilfe appelliert in dieser äußerst schwierigen Situation an alle Kräfte der antifaschistischen Massen. Ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, ob parteiloser Antifaschist, vereinigt euch! Steht zusammen in der Roten Hilfe! Entschloßt den Massensturm ebenso gegen den Mordterror der Hitlerpartei wie gegen die legalen Terrornotverordnungen mit ihren Sondergerichten, verschärften Zuchthausurteilen, Todesstrafen. Die Welle der Antifaschistischen Aktion muß von der Stadt ins letzte Dorf, von den Mietkasernen zum kleinen Bauerngehöft schlagen. Die Massen müssen wissen, daß sie unüberwindlich sind, wenn sie in der Antifaschistischen Aktion nicht nur zusammenstehen, sondern gemeinsam handeln.

Die Rote Hilfe, die Kampforganisation der antifaschistischen Massen gegen Faschisten-Terror und Klassenjustiz, das große Hilfswerk der Werktätigen für alle Opfer des faschistischen Terrors, für die 9000 proletarisch-politischen Gefangenen, für ihre und ihrer Angehörigen Unterstützung, für die 50 000 proletarischen Angeklagten, für die Mütter, Kinder und Frauen der durch Faschisten ermordeten, von der Polizei getöteten Kämpfer, ruft allen Antifaschisten zu: Unterstützt das Werk der Roten Hilfe, sammelt, gebt für den Rote-Hilfe-Kampffonds, macht die revolutionäre Front, macht die Rote Hilfe so stark, daß der Faschismus sich an der antifaschistischen roten Einheitsfront die Zähne ausbriecht. Kämpft mit der Roten Hilfe unter den Parolen:

Schluß mit der faschistischen Mordpest!

Auflösung und Entwaffnung der SA- und SS-Formationen!

Weg mit den Terrornotverordnungen, Sondergerichten, Todesstrafen!

Zerbrecht die faschistische Diktatur, die den Massen zum Hunger noch den verschärften Terror bringt!

Der Weg von der Mordnacht in Königsberg zu den Terrornotverordnungen der Hindenburg-Papen-Hitler muß von der ganzen antifaschistischen Front beantwortet werden mit der Sturmflut der Antifaschistischen Aktion, an der die Pläne des Faschismus zerschellen.

Herausgegeben von der Roten Hilfe Deutschlands im
Tribunal-Verlag W. Pieck. Verantwortlich für den
Inhalt: Robert Venzlaff, alle Berlin. Druck: Uranus-
Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 26



9000 Antifaschisten

Parteilose, Kommunisten,
Sozialdemokraten, Reichsbanner
schmachten im Kerker!

392 Arbeiter

sind seit 1930 durch Hitlers Mord-
banditen gemeuchelt worden!

Unsere Gefangenen

ihre Frauen und Kinder, die Hinter-
bliebenen der Ermordeten dürfen
nicht hungern!

Solidarität

mit den Opfern des Antifaschisti-
schen Freiheitskampfes!

Gebt für den Rote Hilfe-Kampffonds

